

Liebe Mainzerinnen und Mainzer,

der herrschende links-grüne Zeitgeist will Deutschland und unser Mainz bis zur Unkenntlichkeit umgestalten. Dabei wird immer deutlicher, dass die Utopien, nach denen der Umbau erfolgt, nicht funktionieren und unsere Heimat in einen sich beschleunigenden Niedergang führen.

Wir dagegen sagen: Mainz bleibt Mainz! Wir wollen keine bevölkerungspolitischen Experimente und keine verkehrspolitischen Versuche. Stattdessen wollen wir eine wirk-

same finanzielle Entlastung aller Bürger. Wir wollen ein Mainz, das sich seinen Charme und seinen Charakter bewahrt. Wir wollen eine Stadt, die sich um Traditionen sowie um Sicherheit und Wohlstand für all ihre Bürger sorgt.

Wir wollen eine Stadt, in der wir gerne sagen: Hier bin ich zuhause! Das ist meine Heimat!

Unterstützen Sie uns hierbei durch die Wahl der Alternative für Deutschland: AfD – Liste 4!

Unser Team für den Mainzer Stadtrat



AM 9. JUNI
LISTE 4:

AfD

V. l. n. r.: Frank Senger, Jürgen Wiedenhöfer, Stephan Stritter, Lothar Mehlhose, Ulrike Beckmann und Arne Kuster sowie weitere 21 Kandidaten aus den Mainzer Stadtteilen

Wenn Sie unsere Arbeit durch eine Spende unterstützen wollen:
IBAN: DE68 5519 0000 0872 3900 18

AfD Mainz, Postfach 38 12, 55028 Mainz
www.afd-mainz.de
E-Mail: info@afd-mainz.de

V.i.S.d.P. Vorsitzender Sebastian Münzenmaier,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bildnachweise: Titelseite (imago/Panthermedia), Rückseite (Pixabay)



Unsere Forderungen und Ziele für Mainz

Moderne Verwaltung statt lähmender Bürokratie

Die Finanzprobleme vieler Kommunen hängen nicht zuletzt mit einer ineffizienten Verwaltung sowie einer aufgeblähten Bürokratie zusammen. Dies liegt allerdings vor allem daran, dass den Kommunen sowohl immer mehr Aufgaben zugewiesen werden als auch immer mehr Vorschriften auferlegt werden. Auch der Stadt Mainz bleibt als Ausweg nur, durch Modernisierung, Digitalisierung und nicht zuletzt auch Künstliche Intelligenz der Aufgabenflut Herr zu werden.

Wir fordern:

- Durchgängige Modernisierung der städtischen Verwaltung durch automatisierte Prozesse.
- Bürokratieabbau durch vereinfachte Verfahren.
- Künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung zum Vorteil der Bürger nutzen.
- Kostenloses WLAN (Hotspots) in allen öffentlichen Gebäuden, Plätzen und Ortsverwaltungen.
- Konsequenter Ausbau der digitalen städtischen Infrastruktur bei Sanierungen und Neubauten (z. B. durch das Verlegen von Leerrohren für Glasfaser).
- Vergabeverfahren und Förderungen müssen vereinfacht werden.

Lebenswertes Mainz statt rot-grün-sozialistischer Geisterstadt

Die Lebensqualität in einer Stadt hängt entscheidend mit der jeweiligen Wohnsituation sowie dem Stadtbild zusammen. Hierbei ist es in Zeiten explodierender Mieten und zunehmender Verwahrlosung des öffentlichen Raumes wichtig, Mainz für uns und unsere Nachkommen wieder lebenswert zu machen. Hierbei spielen der Wohnungsbau und die

Stadtplanung eine wichtige Rolle. Wir wollen, dass Mainz eine saubere, sichere und schöne Stadt für alle sozialen Schichten wird.

Wir fordern:

- Nachverdichtungen sollen nur erfolgen dürfen, wenn der Charakter des Wohngebietes dadurch nicht nachhaltig verändert wird. Auf die berechtigten Interessen der Bewohner ist Rücksicht zu nehmen.
- Freiflächen im Innenstadtbereich müssen gesichert werden.
- Wir brauchen einen Zugangsstopp von Asylbewerbern und Flüchtlingen u.a. wegen der angespannten Wohnraumsituation im Stadtgebiet. Außerdem gilt: Abschieben schafft Wohnraum!
- Nichtgenutzte Flüchtlingsunterkünfte müssen für den freien Wohnungsmarkt freigegeben werden.
- Mit Hilfe der städtischen Wohnungsgesellschaft muss preiswerter Wohnraum geschaffen und erhalten werden. Deutsche Staatsbürger sind bei der Zuweisung zu bevorzugen.
- Der Verschandelung des Stadtbildes durch Farbschmierereien ist konsequent entgegen zu wirken. Private Geschädigte sollen durch die Stadt unterstützt werden.

Familienfreundlichkeit statt links-grüner Umerziehung

Links-grüne Gesellschaftsklempner können bei unseren Kindern und Jugendlichen erheblichen Schaden anrichten. Wir haben inzwischen ein Bildungssystem, in dem Frühsexualisierung und Genderideologie zum festen Repertoire geworden sind, jedoch die Ergebnisse in Pisa-Studien Jahr für Jahr ins Bodenlose rutschen. Darüber hinaus muss Mainz auch familienfreundlicher werden: Nur so entscheiden sich in Mainz künftig wieder mehr Menschen für Kinder. Kinder sind unsere Zukunft!

Stadtratswahl, 9. Juni 2024

Wir fordern:

- Verpflichtung von Trägern der Jugendarbeit zur Verfassungstreue.
- Erhaltung und zweckdienlicher Ausbau der Jugendzentren.
- Neubau und Sanierung von Spielplätzen im Mainzer Stadtgebiet. Spielplätze müssen kindgerecht gestaltet sein und bei Planung und Umsetzung müssen sowohl Kinder und Eltern als auch Anwohner eingebunden werden. Zur Entlastung der städtischen Kasse sollte immer die Mitfinanzierung durch Sponsoren und Fördervereine geprüft werden.
- Wir wollen eine bedarfsgerechte Betreuung von Kindern, welche flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern ausgerichtet ist und berufs- und familienfreundliche Öffnungszeiten bietet.
- Wir wollen ein Angebot von tageweiser Kinderbetreuung in Ganztageschulen, das auch für Eltern mit Teilzeitarbeit angeboten werden soll.
- In allen städtischen Einrichtungen sind Wickelmöglichkeiten einzurichten.
- Die Schulbuchausleihe muss wieder regional und nicht europaweit ausgeschrieben werden.

Blühende Wirtschaft statt Arbeitsplatzverlust und Insolvenz

Mainz lebt von Handel, Industrie und Tourismus. Hierdurch werden Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen und auch der Stadt wieder mehr finanzieller Handlungsspielraum gewährt. Dazu muss jedoch auch endlich eine wirtschaftsfreundliche Politik Einzug halten. Konkret heißt dies, attraktiv

für sich ansiedelndes Gewerbe zu werden und die Attraktivität als Tourismusstandort weiter zu erhöhen.

Wir fordern:

- Die Parkgebühren in Mainz sind deutlich zu senken, um die Attraktivität der Einkaufsmöglichkeiten im Stadtzentrum gegenüber dem Online-Handel und den Einkaufszentren im Stadtumland zu erhöhen. Bestehende Parkplätze sind zu erhalten und soweit möglich ist weiterer Parkraum zu schaffen.
- Das städtische Zentrenkonzept ist nicht mehr zeitgemäß und sollte abgeschafft werden. Zudem muss die Vielfalt der Ladenlandschaft ausgebaut werden.
- Gewerbeansiedlungen sollten unterstützt, statt durch die Stadt verhindert werden.
- Die wohnortnahe Versorgung in den Stadtteilen sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen sind durch eine aktive Ansiedlungspolitik sicherzustellen.
- Bestehenden Veranstaltungsorten wie Stadien und Plätze, welche multifunktional genutzt werden können, sollte eine erweiterte Verwendung ermöglicht werden. Dies dient der Förderung von Tourismus, Handel und Kultur.

AfD LISTE 4
für den Stadtrat
und die Ortsbeiräte!

AfD



PROGRAMM

ZUR STADTRATSWAHL 2024

des Kreisverbandes der Landeshauptstadt Mainz der Partei Alternative für Deutschland (AfD)

MAINZ BLEIBT MAINZ!
NUR MIT DER AfD!



AfD LISTE 4
für den Stadtrat
und die Ortsbeiräte!

AfD

Unsere konkreten Lösungen haben wir in diesem Kommunalwahlprogramm niedergeschrieben. Dabei haben wir uns von folgenden Punkten leiten lassen:

1. Migrationspolitik

Mainz ist durch eine unkontrollierte Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen belastet. Dies ist mit zahlreichen negativen Folgen wie Wohnungsmangel, Kriminalität und ausufernden Sozialkosten verbunden.

Wir dagegen fordern:

Mainz muss einen Aufnahmestopp ausrufen. Die Kapazitäten sind erschöpft. Geldleistungen sind in Sachleistungen umzuwandeln. Ausreisepflichtige Ausländer, insbesondere wenn diese kriminell sind, müssen konsequent abgeschoben werden.

2. Verkehrspolitik

Autofahrer werden drangsaliert und Stück für Stück verdrängt – etwa durch Tempo 30 auf Hauptstraßen, ersatzlosen Abbau von Parkplätzen oder gleich durch die Sperrung ganzer Straßenzüge.

Wir dagegen fordern:

Ob man Auto, Bus, Bahn oder Fahrrad nutzt oder ob man zu Fuß geht, soll die persönliche und freie Entscheidung eines jeden einzelnen Mainzers bleiben. Die städtische Verkehrspolitik hat sich an den Bedürfnissen der Mainzer auszurichten, nicht an irgendwelchen Vorgaben von oben, wie man sich „klimafreundlich“ in der Stadt bewegen soll.

3. Steuer- und Abgabepolitik

Obwohl die Stadt Mainz von unerwarteten Mehreinnahmen in Milliardenhöhe profi-

tierte, gingen die Mainzer Bürger selbst leer aus. An keiner einzigen Stelle wurden sie bei Steuern und Abgaben entlastet, obwohl dies angesichts der allgemein hohen Belastungen dringend notwendig wäre.

Wir dagegen fordern:

- die Senkung der Grundsteuer um ein Drittel
- die vollständige Abschaffung der Hundesteuer
- eine Senkung der Trinkwasserpreise um 10 %.

Allein diese Maßnahmen würden eine typische dreiköpfige Familie mit Hund um jährlich 360 Euro entlasten.

Städtische Gebühren dürfen darüber hinaus nicht willkürlich erhöht werden und müssen sich am Verwaltungsaufwand orientieren, etwa beim Anwohnerparken.

Mainz kann jedoch nur Mainz bleiben, wenn eine starke AfD im Stadtrat vertreten ist. Bereits in den vergangenen fünf Jahren hat die AfD-Fraktion viele Debatten angestoßen, die es ohne uns nicht gegeben hätte. Wir haben die Probleme und Missstände benannt, welche die anderen Stadtratsfraktionen lieber unter den Teppich gekehrt hätten. Davon zeugen unsere zahlreichen Anfragen und Anträge.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir die nächste Phase einläuten und auch Mehrheiten für unsere Lösungsvorschläge organisieren. Dazu sind wir bereit, mit allen in Mainz zu reden, die anständige Umgangsformen haben. Es wird uns dabei nicht um dauerhafte Koalitionen und um die Verteilung gut dotierter Posten gehen, sondern um die Lösung konkreter Sachfragen im Sinne dieses Kommunalwahlprogramms.

Unterstützen Sie uns hierbei durch die Wahl der Alternative für Deutschland – AfD

Entlastung der Bürger statt städtischer Verschwendung

Die Stadt Mainz schrieb in der Vergangenheit fast ausschließlich rote Zahlen. Selbst nach den unverhofften Mehreinnahmen in Milliardenhöhe droht der Haushalt wieder ins Defizit zu rutschen. Grund für diese Misere sind Steuerverschwendungen und Prestigeprojekte der Stadt. Gleichzeitig müssen jedoch die Bürger gerade in Zeiten der Inflation von einer erdrückenden Steuerlast befreit und effektiv entlastet werden.

Wir fordern:

- Die Gewerbesteuer ist nicht wieder zu erhöhen.
- Die Grundsteuer B ist um ein Drittel zu senken.
- Die Hundesteuer muss abgeschafft werden.
- Die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge sollen wegfallen. Das Land Rheinland-Pfalz sollte die Einnahmeausfälle pauschal ausgleichen.
- Eine Verpackungssteuer lehnen wir ab.
- Anwohnerparkgebühren dürfen nur den Verwaltungsaufwand ausgleichen und nicht willkürlich erhöht werden.
- Bund und Land dürfen die Kosten, die ihre Gesetze verursachen, nicht weiter auf die Stadt abwälzen.
- Wir wollen keine Prestigebauten und überbeuerte Luxussanierungen (aus dem Rathausfiasko lernen).
- Städtische Subventionen (etwa für das Staatstheater in Millionenhöhe) müssen wesentlich reduziert werden.
- Keine Schattenhaushalte wie die Mainzer Klimaschutzstiftung.
- Alle freiwilligen Leistungen sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.
- Alle freiwilligen Leistungen und Vergünstigungen der Stadt für Zuwanderer in die Sozialsysteme sind zu streichen.
- Geldleistungen für Flüchtlinge sind in

Sachleistungen umzuwandeln.

- Zahlungsverpflichtungen der Stadt und stadtnaher Betriebe und Unternehmen sind fristgerecht zu erfüllen.
- Der Stadtvorstand ist um eine Dezernentenstelle zu verkleinern. Die Dienstfahrzeuge des Stadtvorstandes wollen wir abschaffen.
- Das Dickicht an städtischen Betrieben und Unternehmen ist zu lichten. Die Zahl der Geschäftsführerposten kann reduziert werden und die hohe Bezahlung der Geschäftsführer ist zu überprüfen. Neubesetzungen sind ausschließlich nach der fachlichen Eignung vorzunehmen und weder nach parteipolitischen noch nach Quotengesichtspunkten.
- Mainz braucht eine Großsporthalle, auch für den Breitensport.
- Die Eissporthalle ist durch Sanierung oder Neubau zu erhalten und damit der Eissport in Mainz zu sichern.

Sicherheit und Ordnung statt Angst und Verfall

Durch die Massenzuwanderung – verbunden mit der Bildung von Parallelgesellschaften – spitzt sich die Sicherheitslage auch in Mainz immer weiter zu. Der steigenden Kriminalität haben die Sicherheitskräfte immer weniger entgegenzusetzen. Darum müssen wir die Ordnungsbehörden der Stadt stärken und kriminelle Migranten konsequent abschieben.

Wir fordern:

- Nichtdeutsche Straftäter und ausreisepflichtige Personen müssen durch die zuständige Ausländerbehörde konsequent abgeschoben werden.
- Anerkannte Flüchtlinge müssen im Stadtgebiet sozial ausgewogen verteilt werden.
- Die Ordnungsbehörden und der zentrale Vollzugsdienst müssen optimal personell und technisch ausgestattet werden.

- Ein Polizeiberatungsladen soll sich wieder in der Fußgängerzone der Innenstadt ansiedeln.
- Die personelle Präsenz von Ordnungskräften in der Stadt und den Stadtteilen ist zu erhöhen.
- Kriminalitäts- und Drogenschwerpunkte müssen sowohl zur Prävention als auch zur Beweissicherung per Video überwacht werden.
- Mehr Sauberkeit! Der Vermüllung des Stadtbildes ist durch städtische Programme und konsequentes Handeln der Ordnungsbehörde entgegen zu wirken (kürzere Reinigungsintervalle).
- Gegen organisierte Bettlerbanden muss nachhaltig vorgegangen werden, auch in den Vororten (z. B. durch Platzverweise).

Moderner Stadtverkehr statt rot-grüner Blockaden

Die grüne Utopie einer autofreien Stadt führt zu einer zunehmenden Schikane der Autofahrer mit dem Ziel einer Verdrängung des Individualverkehrs aus Mainz. Wir lehnen diese ideologisch motivierten Maßnahmen ab. Für die AfD hat das Auto seinen gleichberechtigten Platz neben anderen Transportmitteln wie dem ÖPNV oder dem Fahrrad. Freiheitseinschränkungen der Bürger aufgrund vorgeblichen Klimaschutzes treten wir entgegen.

Wir fordern:

- Keine autofreie Innenstadt in Mainz.
- Keine Dieselfahrverbote im Stadtgebiet.
- Keine Tempo-30-Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Hauptstraßen.
- Eine intelligente Ampelschaltung im Stadtgebiet mit echten grünen Wellen.
- Saubere Dieselfahrer statt überbeueter E-Busse.
- Schnellere Bus- und Straßenbahnverbindungen.

- Fallen irgendwo Parkplätze weg, müssen sie 1:1 ersetzt werden. Überhaupt brauchen wir mehr günstigen Parkraum.
- Wir wollen ein fundiertes Baustellenmanagement statt Dauerbaustellen und Staus.
- Wir stehen zum sechsspürigen Ausbau der A60 (Mainzer Ring) und der A643.
- Der Ausbau der Rheinhessenstraße im Bereich Hechtsheim/Ebersheim ist notwendig, um Dauerstaus zu verhindern.
- Roller- und Fahrräder haben in der Fußgängerzone und auf Fußwegen nichts zu suchen. Für Mietroller brauchen wir eigene Abstellflächen.
- Fahrradstraßen sind nur auf Anliegerstraßen einzurichten. Fahrradverkehr, Autoverkehr und Fußgängerverkehr sind, wo immer möglich, zu trennen.
- Grundsätzlich unterstützen wir den Straßenbahnausbau, behalten uns jedoch vor, Planungen abzulehnen, die unwirtschaftlich sind oder den allgemeinen Verkehr stark behindern.

Umweltschutz statt ideologischem Aktionismus

Wir unterstützen Umweltschutz im Sinne der ganzheitlichen und nachhaltigen Bewahrung unserer Heimat. Jedoch lehnen wir den von grünen Ideologen vorangetriebenen sogenannten Klimaschutz, auf welchen Mainz keinen nennenswerten Einfluss hat, entschieden ab.

Die aktionistischen Maßnahmen der Stadt sind Geldverschwendung und schränken die Freiheit und Lebensqualität der Bürger signifikant ein.

Wir fordern:

- Umweltschutz und Klimawandelanpassung statt „Klimaschutz“ und Symbolpolitik.
- 1000 neue klimaresistente Bäume für Mainz. Wir müssen zudem dem Klima-

- wandel konstruktiv durch ein Schwammstadt-konzept begegnen.
- Flächendeckende kostenlose Trinkwasserspender.
- Keine (neuen) Windkraftwerke im Stadtgebiet.
- Entsiegelung von Freiflächen, wo immer möglich und sinnvoll.
- Ein kommunaler Wärmeplan, der Effizienz und Finanzierbarkeit berücksichtigt.
- Der vom Stadtrat beschlossene Klimanotstand muss aufgehoben werden.
- Das Nachtflugverbot ist auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr auszuweiten und uneingeschränkt durchzusetzen.
- Optimierung der Flugrouten des Frankfurter Flughafens über Mainz unter Beachtung der jeweiligen Bevölkerungsdichte.

Direkte Demokratie statt ideologischer Vormundschaft

CDU, FDP, SPD und Grüne verkommen immer mehr zu einem Einheitsblock-Kartell. Nun will auch der parteilose Oberbürgermeister Haase dort mitmischen. Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie werden zwar groß auf die Fahnen geschrieben, aber im Endeffekt zielt die Politik gerade der grünen Parteien nur auf die Umsetzung ihrer ideologischen Vorhaben. Für uns hingegen ist das Volk der Souverän und Demokratie kein bloßes Schlagwort zur Selbstweiherräucherung.

Wir fordern:

- Eine Bürgerbeteiligung, die auch attraktiv für Leute ist, die sich sonst nicht einmischen.
- Hürden für Einwohneranträge und Bürgerentscheide herabsetzen.
- Entscheidungskompetenzen der Ortsbeiräte erweitern.
- Einwohnerversammlungen bei relevanten städtischen Bauvorhaben.

Pflege heimatlicher Kultur statt Multikulti und Sprachzerstörung

Die Bewahrung und Förderung unserer Kultur wird von den Altparteien seit langer Zeit sträflich vernachlässigt. Bei aller Verherrlichung von Multikulti und bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber ihren Gefahren wird heimische Kultur allenfalls noch als seichte Unterhaltung und billige Folklore gesehen. Sie ist jedoch mehr als das: Kultur und Tradition sind Ausdruck der Identität und des Selbstbewusstseins einer Bevölkerung. Dies gilt in den Bereichen der Architektur und des Stadtbildes genauso wie bei Musik, Sprache und Bildender Kunst.

Wir fordern:

- Heimische Vereine sind stärker finanziell und strukturell zu unterstützen (z.B. durch Proberäume etc.).
- Die Identität, die kulturelle Prägung und das Stadtbild unserer Heimatstadt müssen erhalten bleiben (kein Bau repräsentativer Moscheen mit Minarett etc.).
- Kulturelle und historische Schätze von Mainz sind tourismusfördernd zu präsentieren und zu vermarkten.
- Das Gedenken an die Mainzer Opfer der Weltkriege ist aufrecht zu erhalten und prägender zu gestalten. Gedenkstätten sind würdevoll zu erhalten.
- Wir unterstützen die Schaffung einer Weinerlebniswelt mit kultureller, touristischer und wirtschaftlicher Bedeutung.
- Keine Genderschreibweise in Verwaltungstexten. Es gilt auch in der Stadtverwaltung die deutsche Rechtschreibung.

AfD LISTE 4
für den Stadtrat
und die Ortsbeiräte!